

Gruppe CDU / FDP

im Rat der Stadt Hildesheim

Gruppenantrag	Vorlage-Nr: 15/266
Federführend: CDU-Fraktion	Status: öffentlich Datum: 11.09.2015 Verfasser/in: Christian Redepennig
Auf Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Technische Infrastruktur städtischer Gewerbeflächen	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
23.09.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr
	Zuständigkeit Information

Sachverhalt:

Als Mittelpunkt der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg ist die Stadt Hildesheim durch ihre begünstigte Lage im besonderen Maße als überregionaler Wirtschaftsstandort geeignet. Neben einer direkten Anbindung an die Bundesautobahn A7 und die sich in der Nähe befindende A2 sind mit dem Bahnhof, dem Hafen und dem Flugplatz weitreichende Angebote an verkehrlicher Infrastruktur vorhanden.

Abgesehen von dieser tatsächlichen Erreichbarkeit und der damit verbundenen Möglichkeiten von Transport und Lieferung, gewinnt die Ausgestaltung der technischen Infrastruktur für Unternehmen jedweder Sparte eine zunehmend höhere Bedeutung. Die Anforderungen an die technischer Gegebenheiten haben sich in den letzten Jahren rapide verändert und müssen entsprechend angepasst werden. Insbesondere die Verfügbarkeit von weitreichend ausgebauten Telekommunikationsstrukturen, inklusive eines obligatorischen Hochgeschwindigkeits-Internetzugangs, stellt für viele Unternehmen ein Hauptargument bei der Standortwahl dar.

Die CDU/FDP-Gruppe möchte mehr über die technische Ausstattung der städtischen Gewerbeflächen erfahren und bittet daher um einen Bericht der Verwaltung, in dem auch die nachstehenden Fragen beantwortet werden:

- 1.) Wie bewertet die Verwaltung die technische Infrastruktur der städtischen Gewerbegebiete?
- 2.) Inwieweit führt die Verwaltung im Zuge einer Planung bzw. Ausweisung von Gewerbeflächen Gespräche mit der Bundesnetzagentur bzw. einzelnen Telekommunikationsanbietern?
- 3.) In welcher Weise unterstützt die Stadtverwaltung Unternehmen bei der Planung und Umsetzung notwendiger zusätzlicher Infrastrukturmaßnahmen (zusätzliche Anschlüsse, schnellere Verbindung, etc.)?

Der Bericht der Verwaltung wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr am 23. September erwartet.

Beschlussvorschlag:

Anlage/n: